

## Kritik am Zentrum für Abschiebung

**Potsdam.** Die Brandenburger Grünen fordern von ihren Koalitionspartnern SPD und CDU Änderungen an den Plänen für das Ein- und Ausreisezentrum für Migranten am Flughafen BER. „Wir stehen den Planungen zum Behördenzentrum am BER äußerst kritisch gegenüber“, sagte die Abgeordnete Marie Schäffer gestern. „Die Kapazitäten gehen weit über das notwendige Maß hinaus und es bestehen erhebliche vergaberechtliche Fragen.“ Sie forderte, das gewählte Mietmodell zu überprüfen. Dabei zahle Brandenburg viele Millionen Euro, ohne Eigentümer zu sein. Weil das Terminal 5 möglicherweise geschlossen werde, gebe es eine neue Lage. Die Fraktion forderte von SPD und CDU, das Projekt mit einem speziellen Sperrvermerk zu versehen, damit eine fundierte Befassung des Landtags vor Freigabe der Mittel möglich sei. Das Behördenzentrum des Bundes und des Landes Brandenburg soll einen geordneten Umgang der Ein- und Ausreiseverfahren bei steigenden Zahlen ermöglichen. Das Land plant ein Ausreisegeheimnis, allerdings kein Abschiebegefängnis – das hatten die Grünen im Koalitionsvertrag durchgesetzt. Kritiker befürchten, dass dort ein Abschiebezentrums entsteht. Vor dem Landtag protestierten am Donnerstag mehr als 50 Menschen gegen das Projekt. Die Initiative „Abschiebezentrums verhindern“ forderte: „Stoppt den Bau“.

## Kassensturz beim RBB angekündigt

**Potsdam.** RBB-Interimsintendantin Katrin Vernau hat einen Kassensturz im Sender angekündigt. Es gehe um die Frage, „wie viel Geld haben wir und setzen wir es richtig ein“, sagte sie gestern bei der RBB-Rundfunkratssitzung in Berlin. Vor dem Hintergrund von Vorwürfen der Vetterwirtschaft und Verschwendung beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) kündigte sie ein neues Vergütungssystem für Führungskräfte an. Bis Dezember werde ein Vorschlag für ein Modell erarbeitet, das für außerordentlich bezahlte Beschäftigte klare Kriterien und keine Variablen mehr enthalte, sagte sie. Es sei nicht nachvollziehbar, wer im bisherigen Bonus-System wie viel Geld nach welchen Kriterien erhalten habe, sagte Vernau. Alle außerordentlich Beschäftigten verzichteten mittlerweile auf Boni-Zahlungen. Künftig soll es im Vergleich zu anderen ARD-Anstalten nicht proportional mehr außerordentlich Beschäftigte im RBB geben.

### ZAHLEN & QUOTEN

#### 44. Spielwoche 2022

**Auswahlwette 6 aus 45:**  
15 23 28 33 37 41  
**Zusatzspiel:** 14

#### 13er-Wette:

12 22 21 11 12 12 2

#### Auswahlwette 6 aus 45:

Klasse 1:	unbesetzt
Jackpot:	489 020,50 €
Klasse 2:	unbesetzt
Jackpot:	21 486,80 €
Klasse 3: 1x	1x 8 790,70 €
Klasse 4: 166x	105,90 €
Klasse 5: 257x	34,20 €
Klasse 6: 3 254x	9,00 €

#### 13er-Wette:

Klasse 1: 105x	1 301,90 €
Klasse 2: 1 478x	52,80 €
Klasse 3: 10 709x	7,20 €
Klasse 4: 45 888x	2,10 €

#### 45. Spielwoche 2022

#### LOTTO AM MITTWOCH:

2 16 29 32 47 49 Superzahl: 5  
**Spiel 77:** 9 25 7 0 6 5  
**Super 6:** 0 9 3 2 5

(ANGABEN OHNE GEWÄHR)



Äußerst anfällig für Anschläge: das Stromnetz in Deutschland.

FOTO: IMAGO/CHRISTIAN OHDE

# Cyber-Experten: Stromnetz ist zu anfällig für Sabotage

Jüngste Angriffe zeigen Verwundbarkeit – Edis-Manager warnt auf Sicherheitskonferenz vor unrealistischen Zielen beim Bau von neuen Trassen

Von Ulrich Wangemann

**Potsdam.** Stromleitungen und Internetverbindungen müssen deutlich besser als bislang gegen Sabotageakte und kriminelle Zugriffe geschützt werden. Zu dieser Erkenntnis kommen die Teilnehmer einer vom Land Brandenburg veranstalteten Konferenz zu „Sicherheit und Resilienz von Netzen in Deutschland“. Hierzulande habe man ein „vielleicht zu vertrauensseliges Verhältnis zur Welt“, sagte der Direktor des Potsdamer Hasso-Plattner-Instituts (HPI), Christoph Meinel, am Donnerstag in der Brandenburger Landesvertretung in Berlin.

Der Angriff auf die Deutsche Bahn Anfang Oktober hätte gezeigt, wie verletzlich Teile der kritischen Infrastruktur in Deutschland seien, sagte Meinel, der in Deutschland als einer der führenden Experten in Sachen Cybersicherheit gilt. Die Täter hätten gezielt ein Hauptkabel sowie das Ersatzkabel an anderer Stelle durchtrennt. „Es ist klar geworden, wie einfach es ist, zentrale Elemente unserer Infrastruktur zu sabotieren“, so der Informatiker. Informationen über die Lage der Kabel seien im Internet offen verfügbar gewesen.

Die Erkenntnis, wie verwundbar man sei, setze sich allerdings erst langsam durch, sagte HPI-Chef Meinel. Als im Jahr 2016 der damalige Bundesinnenminister Thomas De Maizière (CDU) der Bevölkerung nahegelegt habe, Notrationen

zu lagern, habe er „Gelächter über alle Medien hinweg wegen der Büchsen im Keller“ geerntet, sagte Meinel. Man habe die Gefahr nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine, der von Cyberattacken

## 2016

war Thomas De Maizière, der damalige Bundesinnenminister, noch belächelt worden, weil er den Bürgern nahelegte, Notrationen zu lagern.

begleitet wurde, lasse sich das Thema „jetzt nicht mehr so leicht wegdrücken.“

Meinel erinnerte daran, dass im Jahr 2020 nach dem Cyber-Angriff auf eine Klinik in Düsseldorf eine Patientin während der Fahrt in eine andere Klinik gestorben sei. Der HPI-Direktor wies auch auf die Gefahr „neuer Abhängigkeiten“ von anderen Ländern hin. Gehe es etwa um den Kauf von Computertechnik chinesischer Firmen, hätte man in Deutschland die in dieser Hinsicht kritischen Amerikaner „herablassend belächelt“. Mittler-

HPI-Chef Christoph Meinel.

FOTO: JULIUS FRICK

weile sei der Öffentlichkeit der Wert „technologischer Souveränität“ stärker bewusst. Wichtig sei es sicherzustellen, dass „wir in Zukunft noch alle Chips kriegen“, äußerte Meinel. Er sprach sich aber dagegen aus, grundsätzlich chinesische Produkte abzulehnen. Man müsse aber gut hinschauen, woher Komponenten stammten und ob sie möglicherweise technologische Hintertüren enthielten. Mittlerweile habe auch die Telekom erkannt, dass es „kein sinnvoller Weg“ sei, ihre technologische Struktur maßgeblich mit chinesischen Huawei-Computern zu bestücken.

Meinel sprach auch die Kosten einer Stärkung der Widerstandskraft der deutschen Netze an. Er setze sich für eine „flächendeckende Notstromversorgung“ aller wichtigen System in Deutschland ein, damit man im Falle von Stromausfällen „ein bis zwei Stunden Zeit hat, um Systeme geordnet herunterzufahren“. Dergleichen koste aber Geld. „So etwas muss diskutiert werden in der Gesellschaft – man braucht es, aber es kostet Ressourcen“, so Meinel.

Das Stromnetz in Deutschland ist laut Andreas John, Geschäftsführer der Edis Netz GmbH, nicht mehr auf der Höhe der Zeit. „Das Netz, das wir heute ha-

ben, ist für die Vergangenheit gebaut worden“, sagt der Edis-Manager. Es sei auf große Kraftwerke zentriert – die aber würden nach und nach abgeschaltet. Um die vielen dezentralen Energiequellen der Zukunft sinnvoll ans Netz zu bringen, seien aber enorme Investitionen nötig, so John. Angesichts der derzeitigen finanziellen Kompensationen und der langwierigen Zulassungsverfahren sei das geplante Ausbautempo aber nicht realistisch.

Edis allein müsste bis 2032 rund 2800 Kilometer neue Stromtrassen bauen, um die politischen Vorgaben zu erfüllen. Hintergrund: Das „Osterpaket“ von Bundesklimaminister Robert Habeck (Grüne) sieht vor, dass bis 2030 rund 80 Prozent des Stroms in Deutschland aus erneuerbaren Quellen kommen sollen. Für Edis würde das bedeuten, dass der Konzern eine vierstellige Anzahl an Fachkräften einstellen und „einen nennenswerten Milliardenbetrag“ mobilisieren müsste – und das bei steigenden Finanzierungszinsen. Das Osterpaket sei nach derzeitigem Stand „nicht umsetzbar in der gesetzten Zeit“, sagte John.

Die Genehmigungsbehörden in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern hätten außerdem nicht genügend Personal. Deshalb dauere die Genehmigung von 30 Kilometern Freileitung zwei Jahre – kombiniert mit einer Planungszeit von weiteren zwei Jahren also vier Jahre. Das sei viel zu lang, beklagte der Edis-Manager.

## Razzia in vier Landkreisen

Verdacht auf Besitz von Kinderpornografie

**Potsdam.** Wegen des Verdachts des Besitzes von Kinderpornografie hat die Polizei am Donnerstag in vier Landkreisen in Ost- und Nordbrandenburg Objekte durchsucht. Ermittelt werde gegen insgesamt 16 Personen, teilte die Polizeidirektion Ost in Frankfurt (Oder) mit. Durchsucht wurden demnach vier Objekte in der Uckermark, fünf im Kreis Barnim, fünf in Märkisch Oderland und zwei im Kreis Oderspree. Weitere Einzelheiten teilte die Polizei mit Verweis auf die laufenden Ermittlungen nicht mit. Die Leitung des Ermittlungsverfahrens hat die Staatsanwaltschaft Cottbus übernommen.

Bei den Tatverdächtigen handelt es sich weiteren Angaben zufolge ausschließlich um Männer. Es gehe um den Vorwurf von Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Die Beschuldigten sollen kinderpornografisches Material besessen haben. Die Polizei war Hinweisen nachgegangen. Zwischen den einzelnen Verfahren und Beschuldigten bestünden keine Zusammenhänge.

Seit Anfang des Jahres gibt es nach Auskunft von Polizeisprecher Roland Kamenz in jeder Polizeidirektion des Landes Brandenburg Kommissariate, die sich mit dem Themenkomplex „Besondere Ermittlungen Cybercrime/Sexualisierte Gewalt gegen Kinder“ befassen. Schwerpunkt sei dabei der schwere sexuelle Missbrauch von Kindern.

## Anstieg bei politischen Straftaten

**Potsdam.** Die Anzahl der politisch motivierten Straftaten ist in Brandenburg im Vergleich zum Vorjahreszeitraum gestiegen. Nach Angaben des Innenministeriums in Potsdam gab es 1093 Fälle mehr als im vergangenen Jahr in diesem Zeitraum – eine Steigerung von 47 Prozent. Hauptursache für den Anstieg seien Straftaten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie, erklärte Olaf Berlin, Leiter der Abteilung Staatsschutz im LKA Brandenburg. Die meisten Straftaten wurden ihm zufolge im Zusammenhang mit Corona-Versammlungen beziehungsweise Protestaktionen erfasst.

Im vergangenen Jahr hatten Corona-Pandemie und Bundestagswahl die Anzahl politisch motivierter Straftaten im Land auf den höchsten Wert seit 20 Jahren steigen lassen. Die Polizei zählte insgesamt 3661 Straftaten und damit einen Anstieg um fast zwei Drittel im Vergleich zu 2020.

# Bündnis will Enteignungen auf Wohnraum erweitern

Linke-Fraktion präsentiert Gesetzentwurf und verweist auf das Vorbild Bayern – CDU hält davon gar nichts: „DDR 2.0“

Von Igor Göldner

**Potsdam.** In Brandenburg sollen künftig Enteignungen zum Zwecke der Gesundheits- und Wohlfahrtsfürsorge sowie zur Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum möglich sein. Das fordert die oppositionelle Linke-Fraktion im Landtag. Dazu soll nach dem Vorbild Bayerns das bestehende Enteignungsgesetz des Landes verändert werden. Die Linke präsentierte gestern einen Gesetzentwurf, der in der kommenden Woche im Landtag beraten wird.

Die Pläne werden von der Verbraucherzentrale Brandenburg, vom Seniorenbeirat Potsdam und vom Mieterverein Potsdam unterstützt. Anlass der Initiative, die sich zum Bündnis „Burgstraße bleibt“ zusammengefunden hat, ist die vor fast genau einem Jahr erfolgte Kün-

digung der Wohnungen von rund 100 Senioren der Josephinen-Wohnanlage in der Potsdamer Burgstraße. Der Umgang der SGG Soziale Grundbesitzgesellschaft Potsdam mit den hochbetagten Seniorinnen und Senioren der Wohnungsanlage hatte für breite Empörung gesorgt – in der Stadt, aber auch im Landtag.

Im Januar dieses Jahres war bei einer Debatte im Parlament das Verhalten fraktionsübergreifend kritisiert worden. Auch Sozialministerin Ursula Nonnemacher (Grüne) solidarisierte sich mit den betroffenen Mietern. Eine Änderung des Gesetzes wurde aber damals von der Koalition abgelehnt.

Nach Angaben der Linken-Abgeordneten Isabelle Vandré wohnen derzeit nur noch neun Senioren in der Anlage. Es klaffe im be-

stehenden Gesetz des Landes eine Lücke bei der Sozialinfrastruktur, die schnell geschlossen werden müsse. Das wäre auch im Sinne märkischer Kommunen, die dann mehr

Durchsetzungskraft „gegen Spekulanten“ hätten, sagte Vandré. Der Geschäftsführer der Verbraucherzentrale Brandenburg, Christian A. Rumpke sagte, es könne in Bran-

denburg zwar ein Landwirt zur Errichtung einer Mülldeponie enteignet werden, doch gebe es bislang kaum eine Handhabe gegen Eigentümer für den Erhalt von dringend benötigtem Wohnraum. „Das ist absurd“, empört sich Rumpke. Holger Catenhusen, Vorstandschef des Mietervereins Potsdam und Umgebung, sprach sich dafür aus, den Katalog der gesetzlich zulässigen Enteignungszwecke – wie etwa zum Schutz von Wäldern, Wasser und Luft – zu erweitern.

Die CDU lehnt eine Änderung ab. „Das ist nichts anders als eine DDR 2.0“, erklärte Landtagsfraktionschef Jan Redmann. Eigentum unterliege aus guten Gründen einem besonderen verfassungsrechtlichen Schutz. Die Hürden für Enteignung seien deshalb eng gefasst und zurückhaltend formuliert.



Linken-Fraktionschef Sebastian Walter und die Abgeordnete Isabelle Vandré vor der Josephinen-Wohnanlage in Potsdam.

FOTO: BERND GARTENSCHLÄGER